

in Paris Brievs.

der Regierung, damit man Vertrauen zu ihr haben könne.

Keine Annektierungen.

Deputierter Renaudel (Sozialist) erklärte, seine Partei erachte es als Pflicht, Aufklärungen zu verlangen. Es sei notwendig, eine Verbindung zwischen Kammer und Senat herzustellen, damit die parlamentarische Kontrolle wirksamer werde. Redner habe gehofft, daß man zu einem Presseregime gelangen werde, das den Zeitungen gestatte, dem Lande die Wahrheit zu sagen. Das beste sei, Vertrauen zur Presse zu haben und ihr ein freiheitliches Regime zu geben. Ferner dürften gewisse Blätter an der Front nicht begünstigt werden. Es müsse den Soldaten gestattet sein, die Humanité ebenso wie andere Blätter zu lesen. Redner wendete sich dagegen, daß Briefe an Deputierte von den Militärbehörden geöffnet werden. Er forderte eine bessere Finanzpolitik und eine Beschränkung der Verdienste der Kriegslieferanten. Wanderte man zur Besteuerung des Reichtums kommen wie in England und Deutschland? Seine Partei nehme die Versprechungen bezüglich der Befreiung der lang besetzten Gebiete als ein Versprechen hin, daß es weder Annektierungen noch Eroberungen geben werde. (Lebhafter Beifall auf den Bänken der Sozialisten. Protestrufe und Rischen bei der Mehrheit.) Renaudel wies noch darauf hin, daß dies die Worte des Ministerpräsidenten selber seien. (Widerspruch im Zentrum. Man ruft: Nein, er sprach von der Niederringung des preussischen Militarismus! Beifall. Große Unruhe.)

Renaudel fuhr sodann fort: Wir sagten, wir seien in einen Verteidigungskrieg und nicht in einen Eroberungskrieg hineingezogen worden. Es ist eine moralische Stärkung für unsere Soldaten, für ein Land zu kämpfen, das keine Gebiete gegen den Willen seiner Bevölkerung annektieren will. (Beifall. Protestrufe. Lärm.) Selbst in den Augen gewisser Deutscher solle Frankreich als Vorkämpfer des Rechtes erscheinen. (Erregte anhaltende Zwischenrufe.)

Eine zu Propagandazwecken verkaufte Landkarte empörte die öffentliche Meinung in Deutschland. (Starke, lebhaft Unruhe.) Redner schloß: Unsere Soldaten wollen den preussischen Militarismus niederringen, weil sie hoffen, daß dieser Krieg der Letzte Krieg sein wird. (Beifall auf der äußersten Linken. Protestrufe und Rischen.)

Ein Zwischenruf.

Der ehemalige Unterstaatssekretär Magnot, der an der Front schwer verwundet wurde, ruft: „Kein Soldat im Schützengraben hat Renaudel beauftragt, diese Erklärung abzugeben. Solange noch gekämpft wird, sind solche Worte unangebracht und peinlich.“ (Anhaltender Beifall, Bravorufe bei der Mehrheit. Rischen auf der äußersten Linken.)

Im weiteren Verlaufe der Debatte verlas Deputierter Vincent eine Erklärung der radikal-sozialistischen Partei, in der diese unter gewissen Bedingungen, die die Kontrolle betreffen, der Regierung Vertrauen gewährt. Die Partei fordert ferner Steuern auf Kriegsverdienste und die Erörterung aller durch den Krieg aufgeworfenen wirtschaftlichen Probleme.

Deputierter Andrieu sprach namens der Linksradikalen und Deputierter Bion namens der Liberalen Aktion das Vertrauen zur Regierung aus.

Das Haus nahm sodann, wie bereits gemeldet, mit allen gegen eine Stimme eine Vertrauensstagesordnung an, die lautet: Die Kammer, die die Regierungserklärungen billigt und der Regierung vertraut, geht zur Tagesordnung über.

Beifall im Senat.

Paris, 5. November.

Der Senat hat gestern mit großem Beifall die Regierungserklärung angehört und ist sodann zur Tagesordnung übergegangen.